

Klimaschutz braucht Handlung: Unternehmen warnen vor Einschnitten!

Am 21.05.2025 fordern führende Unternehmen in Österreich Maßnahmen für mutigen Klimaschutz und nachhaltige Investitionen.



Wien, Österreich - Das Doppelbudget 2025/2026 der österreichischen Regierung hat einen klaren Fokus auf den Klimaschutz, jedoch mit scharfen Einschnitten bei zentralen Förderprogrammen. Die initiativen Unternehmen der Business Allianz Klima, darunter die REWE Group, Takeda Österreich und die VBV-Gruppe, warnen vor wirtschaftlichen und fiskalischen Folgeschäden, falls die Notwendigkeit der Transformation nicht rechtzeitig erkannt wird. Die Allianz fordert Klimaschutz als dringenden Wachstumshebel und schlägt unter anderem die Einführung eines verbindlichen Klimagesetzes vor, welches Rechts- und Planungssicherheit schaffen soll. Zudem soll eine Industriestrategie zur Förderung von Technologieklarheit und Ressourceneffizienz entwickelt werden.

Ein Ausbau erneuerbarer Energien durch beschleunigte Genehmigungsverfahren wird ebenfalls als essenziell erachtet. Zudem fordern die Unternehmen finanzielle Anreize für Zukunftstechnologien wie E-Mobilität, grüne Wasserstoffproduktion und Wärmepumpen. Parallel dazu wird ein Abbau klimaschädlicher Subventionen gefordert, um die Klimaziele zu unterstützen und das Budget zu entlasten. Für das Investitionsprogramm der REWE Group sind bis 2027 insgesamt 1,5 Milliarden Euro für Nachhaltigkeitsprojekte vorgesehen, während die VBV-Gruppe Klimaneutralität bis 2050 anstrebt und bereits 345 Millionen Euro in grüne Darlehen investiert hat.

Langfristige Klimaziele der EU

Auf europäischer Ebene verfolgt die Klimaschutzpolitik das Ziel, die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern und umwelt- sowie klimaschädliche Aktivitäten zu reduzieren. Laut dem **Umweltbundesamt** betragen die Treibhausgasemissionen in der EU im Jahr 2020 etwa 3 Millionen Kilotonnen CO₂-Äquivalente. Die Verteilung dieser Emissionen zeigt, dass der Energiesektor für 26%, der Verkehr für 22% und die Industrie ebenfalls für 22% der Emissionen verantwortlich sind. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Zielen des EU Green Deal, welcher im Dezember 2019 verabschiedet wurde und das Bestreben verfolgt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

Ein zentrales Element ist das EU-Klimagesetz, das eine rechtliche Verankerung der Treibhausgasneutralität bis 2050 und eine Reduktion um 55% bis 2030 vorsieht. Die EU-Kommission hat zudem ein Ziel für 2040 vorgeschlagen, das eine Reduktion der THG-Emissionen um 90% gegenüber 1990 fordert. Unterstützt wird dieser Effort durch das REPower EU-Maßnahmenpaket, dessen Ziel es ist, den Übergang zu sauberer Energie zu beschleunigen und die Unabhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu gewährleisten.

Wirtschaftliche Möglichkeiten und

Herausforderungen

Die Initiativen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen sind Teil der breiteren Strategie, die auch innovationsfördernde Effekte mit sich bringt. Klimaschutz eröffnet neue Märkte und zieht Investitionen an, was letztendlich Arbeitsplätze schafft. Die **Bundesregierung** hebt hervor, dass die Stärkung klimapolitischer Kapazitäten und Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteuren eine Grundvoraussetzung für das Erreichen dieser Klimaziele ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die wirtschaftliche und umweltpolitische Entwicklung in Österreich und der EU stark auf die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen ausgerichtet ist. Diese Maßnahmen sind nicht nur entscheidend für die Zukunft des Klimas, sondern auch für die wirtschaftliche Stabilität und das Wachstum. Angesichts der bisherigen Fortschritte in der Klimapolitik ist es unerlässlich, dass sowohl die Politik als auch die Wirtschaft in einem harmonischen Zusammenwirken aktiv gestaltet werden.

Details	
Vorfall	Klimawandel
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www2.oekonews.at• www.umweltbundesamt.de• www.bmwk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at